



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

19. Jg. Nr. 2
24. April 2013

Editorial Schwellen

Eine Reise nach Südafrika verstört noch immer – auch rund 20 Jahre nach der Überwindung der Apartheid. Dass das Land ein Schwellenland ist und zu den BRICS-Staaten gehört, mag nach ökonomischen Kriterien vertretbar sein. Doch der vorherrschende Eindruck von Armut und Gewalt hinterlässt die Besucher, wie mich vor wenigen Wochen, vielfach ratlos und betroffen.

Die katholische Kirche ist mit 7 Prozent der Bevölkerung in Südafrika nur eine kleine Kirche mit bescheidenen Möglichkeiten. Trotzdem beeindruckt die soziale Arbeit, die die wenigen Haupt- und vielen Ehrenamtlichen leisten. In der Hilfe für die Kranken etwa geschieht vieles, was entscheidend zur Verbesserung der Lebensumstände beiträgt: Gesundheitsstationen in direkter Nähe zu den Townships, in denen kostenlose Versorgung bereitgestellt wird, Beratung und Vorsorge, Erste Hilfe, Erstdiagnose und Weitervermittlung an Spezialisten. Wer die vielen Aidskranken sieht, wird vom Respekt für jene erfüllt, die auch als Kirche alles tun, um Aufklärung zu leisten und insbesondere die Frauen vor der alltäglichen Gewalt zu schützen, um so weit irgend möglich weitere Ansteckung zu verhindern. Wer die Schwelle zu einer Bretterhütte betreten darf, in der die Not physisch ebenso greifbar wird wie ein Überlebenswille in Würde, kehrt verändert nach Hause zurück.

Wer schließlich mit einem Priester durch das Elendsviertel geht, in dem dieser lebt, um sich dort zu informieren und Gemeindeglieder zu besuchen, der wird auf eine weitere Schwelle hingewiesen: bis hierher können wir uns wagen, wenige Meter weiter beginnt auf der anderen Straßenseite das Reich einer anderen Gang, und es regiert die nackte Gewalt. Der Kernsatz päpstlicher Sozialverkündigung, über ein halbes Jahrhundert alt, dass Entwicklung der neue Namen für Frieden sei, ist von brennender Aktualität.

Stefan Vesper

Inhalt

- Lebens *fair*läufe im demografischen Wandel** _____ 2
Anforderungen an aktive Lebenslaufpolitik
[Eva Maria Welskop-Deffaa](#)
- Familienpolitik** _____ 4
Weichenstellung für die Zukunft
[Christa Licharz-Lichtenthäler](#)
- Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland** _____ 6
Meilenstein in der Entwicklung unserer Hospiz- und Palliativversorgung
[Erich Rösch](#)
- Lebendige Solidarität und Partnerschaft** _____ 8
Zum 20. Geburtstag von Renovabis
[Friedrich Kronenberg](#)
- Aus dem Glauben heraus Orientierung geben** _____ 10
Historische und geografische Impulse für den Katholikentag in Regensburg
[Bischof Rudolf Voderholzer](#)
- Zwölf Tonnen schwer und 20 Meter lang – der neue missio-Truck "Menschen auf der Flucht"** _____ 12
[Judith Grave](#)

Lebens *fair* läufe im demografischen Wandel

Anforderungen an aktive Lebenslaufpolitik

«Der demografische Wandel kommt nicht über Nacht, aber er kommt mit aller Macht.» Mit diesen Worten fasste Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Katholikentag in Mannheim die Notwendigkeit mutiger «Aufbrüche in eine(r) Gesellschaft des langen Lebens» zusammen. Die schleichende (!) demografische Dynamik wahrzunehmen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, fällt in einer aufgeregt um tagesaktuelle Themen kreisenden Debattenkultur nicht leicht; da die demografische Veränderung nach und nach fast alle Lebensbereiche durchdringt, ist es aber vordringlich, das Anforderungsprofil einer demografiesensiblen Gesellschaftspolitik zu formulieren.

Der Perspektivwechsel, der sich ergibt, wenn wir das als Formel eingeübte "Wir werden älter" durch den (auf den ersten Blick ähnlichen) Satz "Wir leben länger" ersetzen, hat im ZdK die Debatte zum demografischen Wandel wesentlich geschärft und zu zentralen Anforderungen an eine "aktive Lebenslaufpolitik" geführt.

Langes Leben – Entscheidungsfülle

Im Durchschnitt leben die Menschen in Deutschland heute 30 Jahre länger als vor 100 Jahren – eine ungeheure Veränderung der statistischen Lebenserwartung, verbunden mit einer spürbaren Veränderung der Lebens-Erwartung: Das, was das lange Leben von mir erwartet (an Verantwortung, Entscheidung, Gestaltung) und das, was ich von meinem langen Leben erwarte (an Glück, beruflicher Entwicklung, Wohlstand), sieht deutlich anders aus als vor 100 Jahren.

Die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, über den eigenen Lebensweg zu entscheiden, haben sich erheblich vergrößert: Wir treffen heute signifikant mehr (weichenstellende) Entscheidungen im Lebenslauf als unsere Urgroßeltern. Das hat mit der quantitativen Verlängerung des Lebens zu tun, aber auch mit Modernisierung und Pluralisierung: Indem gesellschaftliche Normierungen

fragwürdig und tradierte (Rollen-)Erwartungen weniger maßgeblich geworden sind, gehört zu einem guten Leben heute keineswegs mehr unhinterfragt eine bestimmte chronologische Abfolge von Lebensereignissen, stattdessen ist jede und jeder zum Gestalter des eigenen Lebenslaufs geworden.

Gerade an Übergängen fallen weichenstellende Entscheidungen. Jede dieser Entscheidungen kann sich viele Jahre später im eigenen langen Leben als "richtig" oder "falsch" erweisen. Die Fähigkeit und Bereitschaft, bei wichtigen Entscheidungen Langfristeffekte für das eigene Leben zu bedenken, ist dabei keineswegs automatisch mit der Länge des Lebens gewachsen. Es fällt uns schwer uns vorzustellen, dass unsere Entscheidungen die eigene Lebenssituation in 50 Jahren erheblich beeinflussen werden und dass es sinnvoll sein könnte, diese Folgen in unsere Entscheidungen maßgeblich einzubeziehen. Dies fällt umso schwerer, als Globalisierung und Digitalisierung das Leben schnelllebiger machen und die Langfristeffekte heutiger Entscheidungen schwer abzuschätzen sind.

Der Befähigung ("Empowerment") zur verantwortlichen Lebensentscheidung kommt daher politisch zentrale Bedeutung zu; sozialetisch gewendet heißt die erste Anforderung an aktive Lebenslaufpolitik "Verantwortungsermöglichung". Eine Anforderung, die breite Bildungsteilhabe ebenso meint wie die Gewähr ökonomischer Voraussetzungen für die Übernahme von Verantwortung.

Folgerichtigkeit

Die Fähigkeit, unter den Vorzeichen langen Lebens folgerichtige Entscheidungen zu treffen, braucht über die Befähigung zum Abwägen hinaus Stabilität politischer Rahmenbedingungen und Nachvollziehbarkeit ihrer Veränderungen. Längeres Leben schafft ein neues Bedürfnis nach Konsistenz auf der Zeitachse: gesetzgeberische Diskontinuität und mangelnde Folge-Richtigkeit gesetzgeberischer Reformen machen es für den Einzelnen schwer, sachgerechte Entscheidungen mit Langfristfolgen zu treffen. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Gedanken in seiner jüngeren Rechtsprechung aufgegriffen: Für alles staatliche Handeln gilt der Gleichheitssatz auf der Zeitachse ("Kontinuität als Verfassungsprinzip");

Gesellschaft Demografie

jede wesentliche Neuerung muss sich nachvollziehbar rechtfertigen lassen – als Abweichung von der Vergangenheit. Denn in einer Gesellschaft des langen Lebens entstehen durch politische Systemwechsel unechte Rückwirkungen mit zum Teil schwerwiegenden Zukunftsfolgen für all jene, die in der Vergangenheit – im Vertrauen auf den geltenden Rechtsrahmen – Entscheidungen getroffen haben, die nachhaltig verhaltenslenkend und in ihren (ökonomischen) Langfristfolgen individuell nicht mehr korrigierbar sind.

Generationenvielfalt

Wenn Menschen durchschnittlich länger leben, ergibt sich, dass gleichzeitig Menschen vieler Geburtsjahrgänge leben. Ihre Lebenserfahrungen und Wertvorstellungen sind deutlich unterschiedlich, so dass die Wirklichkeit der Gesellschaft des langen Lebens wesentlich geprägt wird vom Faktum der Generationenvielfalt. In einer Gesellschaft des langen Lebens ist es besonders naheliegend, die eigene Selbst- und Standortbestimmung über Zuordnung zu einer Generation zu präzisieren. In einer unübersichtlichen Welt ordnen wir uns aktiv einer Alterskohorte zu. Die "digital natives", Babyboomer oder Wirtschaftswunder-Kinder eint jeweils mehr als ihr Geburtsjahr.

Gesetzliche Reformen und Neuregelungen treffen Generationen simultan an sehr unterschiedlichen Wegmarken im Lebenslauf – bei Reformen größerer Gesetzesmaterien muss gründlich geprüft werden, ob sie für Menschen verschiedener Alterskohorten eine gleichermaßen faire Intervention darstellen: Generationenresponsivität wird zur dritten Anforderung an demografiesensible Gesellschaftspolitik.

Lebensfairläufe und gemeinsame Entscheidungen

Die Tatsache, dass Entscheidungen an weichenstellenden Übergängen im Lebenslauf in der Regel nicht von einer Person allein, sondern von mehreren Personen gemeinsam getroffen werden, führt zur vierten und letzten Anforderung an demografiesensible = aktive Lebenslaufpolitik. Viele wichtige, von Frauen und Männern im Lebensverlauf gemeinsam getroffene Entscheidungen sind mit strukturell sehr unterschiedlich auf beide Geschlechter verteilten Risiken und Chancen verbunden. Wenn beide

Partner gemeinsam entscheiden, dass nach der Geburt eines Kindes der Vater beruflich durchstartet und die Mutter eine längere familienbedingte Erwerbsunterbrechung einlegt, dann sind die Nachteile in der Rente für die Frau gravierend, die ökonomischen Vorteile einer nicht unterbrochenen Erwerbsbiographie liegen beim Mann. Gemeinsame Entscheidungen im Paarkontext sind unter den Vorzeichen langen Lebens und unvorhersehbarer Wechselfälle im Lebenslauf von zunehmender Bedeutung. Die institutionelle Absicherung einer fairen Folgen(ver)teilung ist daher lebenswichtig. Sie muss kontinuierlich und behutsam an die sich ändernden Lebenswirklichkeiten angepasst werden. Die Forderung des ZdK, das Ehegüterrecht mit Einführung der Errungenschaftsgemeinschaft zu modernisieren (vgl. ZdK-Erklärung zu Ehe und Partnerschaft 2002), ist in diesem Kontext von hoher Aktualität, denn mit ihr lässt sich familienrechtlich Wunsch und Wirklichkeit vieler Paare sachgerecht abbilden, in der Ehe gemeinsam zu wirtschaften und zu planen und die Folgen gemeinsamer Entscheidungen partnerschaftlich zu tragen.

Aktive Lebenslaufpolitik

Politik muss – unter den Vorzeichen des langen Lebens – mehr denn je dem Anspruch genügen, verantwortungsbefähigend, folgerichtig, generationenresponsiv und geschlechtergerecht zu sein. Dieser Anspruch verortet sich auf grundsätzlicher Ebene. Die Debatte zur aktiven Lebenslaufpolitik als passender Politik für eine Gesellschaft des langen Lebens knüpft an die Debatte um Ökologie und Nachhaltigkeit an, in deren Verlauf eine Erweiterung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft gefordert wurde. Schon hier war spürbar, dass das Thema des fairen Ausgleichs zwischen den Generationen, das Thema des Ausgleichs im Zeitverlauf im Konzept der sozialen Marktwirtschaft nur implizit enthalten ist und dass eine Explizierung dieser Dimensionen notwendig schien. Dieses Anliegen wird unter den Vorzeichen der demografischen Dynamik neu aktuell. Mit dem Konzept aktiver Lebenslaufpolitik soll und kann ihm Rechnung getragen werden.

| Eva Maria Welskop-Deffaa |
Sprecherin des ZdK für Gesellschaftliche Grundfragen

Familienpolitik

Weichenstellung für die Zukunft

In der letzten Zeit hat sich eine familienpolitische Debatte neu entzündet. Die Familienpolitik und viele ihrer Förderinstrumente seien weitgehend wirkungslos und teilweise sogar kontraproduktiv, heißt es in einem internen Zwischenbericht, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hatte und aus dem jüngst der Spiegel zitierte. "Die Geldverschwendung in der Familienpolitik – Deutschland gibt etwa 200 Milliarden Euro für Familienpolitik aus. Das Geld versickert in einem Dickicht von Leistungen, über deren Sinn und Unsinn sich streiten lässt", schreibt daraufhin "Die Zeit". Die Frage nach der Wirksamkeit familienpolitischer Leistungen steht neu im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Angesichts der anstehenden Bundestagswahl sind eine Weichenstellung zur Ausrichtung der Familienpolitik und das Aufstellen von grundlegenden Forderungen nötig und möglich. Die wichtigste Frage dabei ist doch: Nach welchen Maßstäben bewerten wir die Wirksamkeit familienbezogener Leistungen?

Es fällt auf, dass in letzter Zeit die Perspektive der Familie eine unzureichende Rolle bei der Betrachtung und Bewertung von familienpolitischen Leistungen spielt. Was brauchen Familien, damit sie ihr Leben zum Wohle von Kindern gestalten können?

Familienpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Familien ihre Lebensentwürfe umsetzen können. Für Männer und Frauen muss Wahlfreiheit hergestellt werden – Freiheit, sich in den unterschiedlichen Familienphasen zwischen mehreren, tatsächlich bestehenden Möglichkeiten entscheiden zu können. Für die Vielseitigkeit von Familienleben und für die unterschiedlichen Phasen und Herausforderungen sind unterschiedliche Maßnahmen und Leistungen notwendig.

Ich möchte drei Forderungen herausgreifen, die zur Zeit in der Diskussion im ZdK und den katholischen Verbänden eine wichtige Rolle spielen und die für gelingendes Familienleben konstitutiv sind.

1. Die gesetzlich garantierte Elternzeit von drei Jahren darf nicht angetastet werden

Der Anspruch auf Elternzeit besteht für jedes Elternteil zur Betreuung und Erziehung seines Kindes bis zur Vollenendung des dritten Lebensjahres. Nach Ablauf der Elternzeit gibt es einen Anspruch des Elternteils gegenüber dem Arbeitgeber auf Rückkehr an den ursprünglichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Arbeitgeberverbände haben sich eingeschaltet und gefordert, die Elternzeit zu verkürzen, weil sie ein Fehlanreiz sei und verhindere, dass Eltern schnell in das Erwerbsleben zurückkehren. Da zur Zeit ein Fachkräftemangel herrscht, fehlen die jungen Eltern, vor allem gut ausgebildete Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Vorstellung, eine Familie habe arbeitsmarktgerecht zu funktionieren, scheint hier das Denken zu beeinflussen.

Dabei kommt es darauf an, aus welcher Richtung wir auf das Problem schauen. Familienpolitik muss als Politik aus Sicht der Familien verstanden werden. Wie sieht es denn mit den Wünschen und Bedürfnissen aus der Perspektive der jungen Familien aus? Die Elternzeit ermöglicht in den ersten drei Jahren einen Freiraum, damit Eltern sich auf die neue Lebenssituation einstellen, Familie leben, und ihre Kinder möglichst gut begleiten können. Kleine Kinder benötigen verlässliche Strukturen und Zeit von und mit den Eltern. Eine gute Betreuung für die Kinder ist wichtig, sowohl in als auch außerhalb der Familie. Nach neurobiologischen Erkenntnissen werden gerade in diesen ersten Jahren bei Kindern die wichtigsten Verknüpfungen und damit Fähigkeiten im Gehirn angelegt.

Es wäre also eher wünschenswert, dass z. B. die Partnermonate beim Elterngeld erhöht werden, damit auch junge Väter Zeit für die Familie haben und eine gute Beziehung zum Kleinkind aufbauen können.

2. Bei der Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz des Kindes ab dem vollendeten ersten Lebensjahr darf die Qualität der Betreuung nicht vernachlässigt werden

Im Jahr 2013 liegt ein besonderes Augenmerk auf dem gesetzlich garantierten Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder. Mit Hochdruck wird in den

Ländern am quantitativen Ausbau gearbeitet. Die Qualität der Betreuung spielt aber eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Kinder und darf nicht aus dem Blickfeld geraten.

Bereits in der familienpolitischen Erklärung "Familienpolitik: geschlechter- und generationengerecht" von 2008 hat das ZdK klare Qualitätskriterien für die frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung der unter Dreijährigen in der Kindertagesbetreuung gefordert. Maßstab für die Qualitätskriterien muss das individuelle Kindeswohl, also das körperliche, geistige und seelische Wohlergehen eines Kindes und sein Aufwachsen in Beziehungen und einem Lebensraum sein, die ihm eine gute körperliche, emotionale und kognitive Entwicklung ermöglichen. Dabei hält das ZdK grundlegende Anforderungen an die Personalsituation für ausgesprochen wichtig. Die besonderen psychologischen und pädagogischen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher hinsichtlich individueller Entwicklungsbedingungen und Bedürfnisse, frühkindliche Bildung und Sprachförderung von Kindern sollten in die Ausbildung und Qualifikation integriert werden. Es ist nicht akzeptabel, wenn die Standards für den Beruf in der öffentlichen Diskussion leichtfertig abgesenkt werden. Die Chancen eine frühkindlichen Bindung und Bildung können nicht hoch genug eingeschätzt werden für die Zukunft der Kinder und damit auch unserer Gesellschaft.

Für die Pflege der Kleinkinder muss den Verantwortlichen ausreichend Zeit zur Verfügung stehen. Erforderlich ist ein angemessener Betreuungsschlüssel, nach dem eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder unter einem Jahr betreut. Durch den Ausbau der Kinderbetreuung werden Rahmenbedingungen geschaffen, die eine reale Wahlfreiheit der Eltern entstehen lassen. Das ZdK hat immer die primäre Elternverantwortung für die Kinder betont. Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung kann die Erziehung und Bildung innerhalb der Familie jedoch sinnvoll ergänzen.

3. Bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente durch Anrechnung von drei Entgeltpunkten auch für Kinder, die vor 1992 geboren sind

Die Gerechtigkeitslücke zwischen älteren Eltern (mit vor 1992 geborenen Kindern) und jüngeren Eltern (mit ab 1992 geborenen Kindern) muss endlich durch die gleiche Bewertung mit drei Entgeltpunkten in der Rente geschlossen werden. Dies hat umso mehr Berechtigung, da besonders die Eltern mit vor 1992 geborenen Kindern oft ihren Lebensentwurf darauf ausgerichtet haben, dass ein Elternteil – in der Regel die Mutter – zugunsten der Erziehungs- und Familienarbeit ganz oder teilweise auf Erwerbstätigkeit verzichtet hat. Diese Schieflage wird bei den aktuellen Debatten um Rente und Altersarmut nicht ausreichend berücksichtigt. Dabei ist besonders die ältere Frauengeneration von Altersarmut betroffen, und es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, hier eine Gleichbehandlung herbeizuführen.

Die Anrechnung von drei Erziehungsjahren pro Kind in der Rente ist ein notwendiger Schritt, um die Forderung des Bundesverfassungsgerichts einzulösen, mit jedem Reformschritt die Situation von Familien in der Rentenversicherung spürbar zu verbessern.

Familien leisten durch die Kindererziehung einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Familien sind auch heute der Ort, an dem Menschen die wichtigsten sozialen Kompetenzen wie Vertrauen, Verlässlichkeit und Solidarität einüben. Deshalb darf Familienpolitik sich nicht oberflächlichen Kosten- und Nutzenerwägungen beugen. Dem Familienleben müssen Schonräume in Abgrenzung zur beruflichen Verfügbarkeit zur Verfügung stehen.

| **Christa Licharz-Lichtenthäler** |

Sprecherin des ZdK für familienpolitische Grundfragen

Die Erklärung des ZdK "Familienpolitik: geschlechter- und generationengerecht" finden Sie unter:
<http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/>

Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland

Meilenstein in der Entwicklung unserer Hospiz- und Palliativversorgung

Ein Schwerpunkt der Beratungen der ZdK-Vollversammlung am 26. April in Münster ist das Thema "Leben bis zuletzt – Sterben in Würde". Ausdrücklich sollen damit auch die Ziele der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland" unterstützt werden.

Hintergründe, Ziele und Arbeitsweise im Charta-Prozess

Entstanden ist die Initiative für dieses nationale Projekt vor dem Hintergrund einer internationalen Vereinbarung, die als die so genannten "Budapest Commitments" auf dem 10. Kongress der European Association for Palliative Care (EAPC) 2007 getroffen wurde. Mit dem Ziel, die Betreuung Schwerstkranker und Sterbender zu verbessern, wurden fünf Bereiche weltweit fokussiert und in ihrer Entwicklung als förderungswürdig eingestuft: Aus-/Fort- und Weiterbildung, Forschung, Politik, Qualitätsmanagement, allgemeine Zugänglichkeit der Versorgung mit Arzneimitteln. Inzwischen beteiligen sich Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Kroatien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechien und Ungarn an diesem Prozess. Der EAPC-Kongress in Wien im Mai 2009 zeigte eindrucksvoll das weltweite Interesse am Ausbau der Initiative und an internationaler Kooperation. Beim EAPC-Kongress in Prag im Mai 2013 wird über die Umsetzungserfolge in den einzelnen Ländern berichtet werden.

Die Entwicklung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland nahm am 3. September 2008 mit einer Auftaktveranstaltung in der Katholischen Akademie in Berlin, zu der die drei Initiatoren – der Deutsche Hospiz- und Palliativverband (DHPV), die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP) und

die Bundesärztekammer (BÄK) – zahlreiche Fachleute aus Landes- und Bundespolitik, Wissenschaft und Forschung, Haupt- und Ehrenamt in der Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen, Kostenträger, Wohlfahrtsverbände und viele mehr eingeladen hatten, ihren Anfang. Mit dem Charta-Prozess wurde ein bundesweiter, die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene und die verschiedenen gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Sektoren übergreifender Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Das zentrale Entscheidungsgremium des Charta-Prozesses ist der Runde Tisch der sich aus Vertretern von rund 50 Organisationen und Institutionen, die in diesem Bereich gesellschaftliche und gesundheitspolitische Verantwortung tragen, zusammensetzt.

Die Ziele der Charta

Die Ziele der Charta sind dabei die Förderung des interner Dialogs aller gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevanten Gruppen, die Förderung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema, Verankerung im öffentlichen Bewusstsein, Orientierung und Perspektiven für die weitere Entwicklung der Palliativ- und Hospizversorgung in Deutschland aufzuzeigen, Grundlagen für politische Weichenstellung und Realisierung zu legen, die Beteiligung am internationalen Prozess (Budapest Commitments).

Die Auseinandersetzung mit den existenziellen Phänomenen Sterben, Tod und Trauer ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung chronisch unheilbarer Erkrankungen, des demografischen Wandels sowie sich ändernder gesellschaftlicher Strukturen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Der Charta-Prozess soll dazu beitragen, diese Aufgabe im öffentlichen Bewusstsein präsent zu machen, zu verankern und zugleich Perspektiven für die Entwicklung in der Zukunft aufzuzeigen.

Dieses inhaltliche Ziel erfordert eine klare Struktur des Charta-Prozesses, die zusammengefasst lautet: Ist-Soll-Commitment. Auf Grundlage einer Ausgangssituation (Ist) – beispielsweise bezüglich der Ausbildung der entsprechenden Berufsgruppen – wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen und nachfolgend Ziele und Forderungen (Soll) hinsichtlich notwendiger Änderungen beispielsweise in den Versorgungsstrukturen formuliert.

Sterben Palliativversorgung

Arbeitsweise

Am Prozess beteiligten sich zwischen 2008 und 2010 im Rahmen von fünf Arbeitsgruppen 150 Experten, überwiegend benannt von rund 50 gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevanten Institutionen. Ihre Aufgabe war es, eine Bestandsaufnahme zur derzeitigen Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland vorzulegen, daraus Ziele, Strategien, Forderungen abzuleiten und abschließend Ansätze/Pläne zur Umsetzung und Realisierung zu entwickeln, die zukünftig nicht nur für die beteiligten Institutionen handlungsleitend sein könnten.

In fünf Arbeitsgruppen wurden Leitsätze zu folgenden Schwerpunkten entwickelt: Gesellschaftspolitische Fragen – Ethik, Recht, Öffentliche Kommunikation, Bedürfnisse der Betroffenen – Anforderungen an die Versorgungsstrukturen, Anforderungen an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter – Aus-, Weiter- und Fortbildung, Entwicklungsperspektiven und Forschung – Internationale Dimension.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden am Runden Tisch von ihren Sprechern vorgestellt und durch die beteiligten Institutionen konsentiert. Konsens bedeutete dabei, dass alle Entscheidungen und Vereinbarungen einvernehmlich getroffen wurden. Die Verabschiedung einer entsprechend konsentierten Charta verbindet sich mit der Selbstverpflichtung der Beteiligten, die Ergebnisse auch umzusetzen. Vor diesem Hintergrund hatte der Runde Tisch in der ersten Projektphase (2008 – 2010) als Konsensgremium im Charta-Prozess für die Ausgestaltung des Prozesses, die Einrichtung und Strukturierung der Arbeitsgruppen sowie die Konsentierung der vorgelegten Ergebnisse eine zentrale Bedeutung. Auch in der zweiten Projektphase (2011 – 2013), in der die Verbreitung der Charta, die Umsetzung der Charta-Leitsätze in Form von Projekten sowie die Weiterentwicklung der Charta zu einer Nationalen Strategie im Mittelpunkt stehen, hatte der Runde Tisch die Funktion der zentralen Entscheidungsinstanz.

Für einen solchen Konsensusprozess stellte nicht nur die Komplexität des Themas eine besondere Herausforderung dar, sondern auch die föderalen Strukturen in Deutschland mit den unterschiedlich verteilten Aufgaben und Kompe-

tenzen von Politik und handelnden Personen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene sowie das gegliederte Gesundheitssystem mit der in hohem Maße auf die Selbstverwaltungskörperschaften übertragenen Verantwortung hatten hierfür besondere Bedeutung.

Die Umsetzung der Charta – Konkretisierung in der Praxis

Im Herbst 2010 konnte die "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland" der Öffentlichkeit vorgestellt werden. In der sich anschließenden Umsetzungsphase geht es nun darum, sich den erarbeiteten Zielen durch entsprechende Maßnahmen Schritt für Schritt zu nähern und für eine breite öffentliche Unterstützung der Charta durch ihre Unterzeichnung zu werben und die Weiterentwicklung der Charta hin zu einer "Nationalen Strategie" voranzutreiben. So haben bereits einzelne Bundesländer, zahlreiche Trägerorganisationen, Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung, aber auch in der Hospiz- und Palliativversorgung haupt- oder ehrenamtlich Tätige die Charta unterzeichnet und damit ihre Selbstverpflichtung zur Mithilfe bei der Verwirklichung ihrer Ziele dokumentiert. Im März 2013 haben 609 Institutionen sowie 2140 Einzelpersonen die Charta unterzeichnet.

Jüngst unterzeichneten das Katholische Altenwerk und der Familienbund der Katholiken im Bistum Aachen die Charta. Der Diözesanfamilienrat des Familienbundes der Katholiken macht dabei deutlich, dass gerade Familien eine Hauptlast bei der Pflege Schwerstkranker tragen und besonderen Beistand in der Sterbephase brauchen.

Das Katholische Altenwerk wird deshalb im Oktober dieses Jahres eine Fachtagung zur Charta durchführen und will so dazu beitragen, dass die Charta von einer Absichtserklärung in kirchlichen wie in gesellschaftlichen Bereichen zu Projekten weiterentwickelt wird, welche die Hospiz- und Palliativversorgung sowie die Sterbebegleitung in Deutschland verbessern.

| Dr. Erich Rösch

Geschäftsführer des Bayerischen Hospiz- und Palliativverbandes

<http://www.charta-zur-betreuung-sterbender.de/>

Lebendige Solidarität und Partnerschaft

Zum 20. Geburtstag von Renovabis

Vor 20 Jahren gründeten die deutschen Katholiken Renovabis, die Solidaritätsaktion mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Am Beginn stand der Wunsch der organisierten Katholiken aus ganz Deutschland, der vom ZdK aufgegriffen und mit Nachdruck vorangetrieben wurde.

Die Gründung der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Renovabis, war eine der christlichen Solidarität geschuldete Antwort auf den Fall der Mauer und die friedliche Revolution von 1989. Diese Solidarität musste nicht erst geweckt werden, sie war greifbar vorhanden, ihr musste lediglich Raum gegeben werden. Die Deutschen, insbesondere in der frühen Bundesrepublik, hatten nach 1945 viel Solidarität erfahren, die ehemaligen Kriegsgegner hatten ihnen beim Wiederaufbau ihres Landes geholfen und sie wieder als Partner in die freie Völkerfamilie aufgenommen. Deutsche Katholiken haben ihre Solidarität mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa trotz widriger politischer Verhältnisse deutlich praktiziert, etwa durch Gründung des Maximilian-Kolbe-Werks, durch die Errichtung des Europäischen Hilfsfonds in Wien und nicht zuletzt durch die "Hilfslawine aus Deutschland" (Bartoszewski), die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts den Polen half, unter den Bedingungen des Kriegsrechts ihr Leben zu meistern. Auch die Katholiken in der damaligen DDR haben nach ihren Möglichkeiten überzeugende Solidarität geübt.

Erste Schritte

Obwohl 1989 deutsche Katholiken in praktizierter Solidarität geübt waren, erfolgte die Gründung von Renovabis erst im Frühjahr 1993. Warum nicht früher? Bereits im Frühjahr 1989, also bereits vor dem Fall der Mauer, wurde im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) der Gedanke erwogen, die Gründung eines Werkes christlicher Solidarität mit Mittel- und Osteuropa vorzuschlagen und voranzutreiben. Im Zusammenhang mit dem 90. Deutschen Katholikentag 1990 in Berlin wurde bei einer gemeinsamen Sit-

zung der Vollversammlung des ZdK und des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR beschlossen: "Gemeinsam wollen wir alles unterstützen, was den Ländern Mittel- und Osteuropas hilft, politisch und wirtschaftlich stabile Gemeinwesen zu entwickeln". Dies ist die erste gesamtdeutsche Willenserklärung des organisierten Laienapostolats nach dem Fall der Mauer.

Kontroverse Diskussionen

Es folgen mehr als zwei Jahre kontroverser Diskussionen: eine Solidaritätsaktion Ost-West ginge zu Lasten des Engagements Nord-Süd oder man solle eher den Europäischen Hilfsfonds fortführen. Diese Diskussionen bewirken, dass die Deutsche Bischofskonferenz zwar dem Vorschlag des ZdK, eine Kollekte durchzuführen, zustimmt, allerdings einer eigenen Solidaritätsaktion ablehnend gegenübersteht. Das Zentralkomitee lässt sich hierdurch nicht beirren. Am 17. Juni 1992 tritt die Vollversammlung des ZdK zu Beginn des 91. Deutschen Katholikentages in Karlsruhe zusammen. Ich bitte die Vollversammlung, dafür einzutreten, "dass eine allgemeine Kollekte als Ausdruck christlicher Solidarität ... durchgeführt wird und dass ein umfassendes kirchliches Werk christlicher Solidarität mit Mittel-, Südost- und Osteuropa gegründet wird." Ich betone: "Der Grundsatz, dass Solidarität unteilbar ist, verdient absolute Beachtung. Ost-West kann nicht gegen Nord-Süd stehen und umgekehrt ..." Die Vollversammlung folgt dieser Bitte mit überwältigender Mehrheit.

Entscheidung

Die Bischofskonferenz kommt schließlich zu neuer Einsicht. Die Entscheidung in der Sache fällt am 12. Oktober 1992 in der Sitzung der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn: Ich vertrete dort die "Leitgedanken" des ZdK; trotz entgegengesetzter Positionen von Mitarbeitern in der Bischofskonferenz, in Werken und Einrichtungen, auch in Bistumsverwaltungen tritt Kardinal Meisner für die Errichtung eines eigenen kirchlichen Werkes ein. Damit ist der Durchbruch erzielt. Die ablehnenden Beschlüsse in der Bischofskonferenz sind faktisch Makulatur. Weihbischof Leo Schwarz wird beauftragt, die Koordination der Überlegungen, Planungen und erforderlichen Vorbereitungen in die Hand zu nehmen. Er wird zum Geburtshelfer, Wegbereiter, Promotor und schließlich treuen

Jubiläum Renovabis

Weggefährten der Solidaritätsaktion. Bischof Leo personifiziert als ehemaliger Hauptgeschäftsführer von Misereor das Ergebnis der in diesen Jahren kontrovers geführten Diskussionen: "Solidarität ist unteilbar!"

Partnerschaft als Leitgedanke

Die "Leitgedanken zu einer Partnerschaftsaktion deutscher Katholiken für europäische Solidarität von Ost und West" werden faktisch zur Grundlage für die kommenden Planungen und Entscheidungen: "Der Augenblick ist gekommen, in der Tradition tatkräftiger Nächstenliebe den Aufbruch der Menschen in Mittel-, Südost- und Osteuropa in die Freiheit und ihre Anstrengungen beim Aufbau menschenwürdiger gesellschaftlicher Verhältnisse in geschwisterlicher Verbundenheit durch eine eigene partnerschaftlich ausgerichtete Aktion der Solidarität aus weltkirchlicher Verantwortung nachhaltig zu unterstützen."

Der geistliche Kontext wird in den Leitgedanken als ein neues Pfingsten beschrieben: "Ohne Zweifel geht es bei der beabsichtigten Aktion der Solidarität mit Mittel-, Südost- und Osteuropa wie bei Misereor um ein 'Abenteuer im Heiligen Geist'... Der Heilige Geist befreit zum Gespräch miteinander, zum Dialog und zur Einheit in der Vielfalt. Er befreit zur Hoffnung, er gibt die Kraft, die Leben schafft und die die Kreativität der Liebe entfesselt. Er befreit zum Teilen und gibt der Aktion in der 'Windrose des Teilens' eine menschheitliche Seite, im Osten, Süden, Westen und Norden. Die Befreiung zum Dialog, zur Hoffnung und zum Teilen kann für die an der Aktion in Ost und West Beteiligten ein Neues Pfingsten bedeuten und ihr eine eigene Initiativkraft und die Dynamik verleihen ..."

Die Gemeinsame Konferenz von DBK und ZdK am 6. November 1992 nimmt einen Bericht von Bischof Walter Kasper, dem Vorsitzenden der Kommission Weltkirche der Bischofskonferenz, der weitgehend auf den "Leitgedanken" des ZdK basiert, zustimmend entgegen. Ein breiter Konsens ist erzielt worden.

Ausblick

Nach 20 Jahren erfolgreicher solidarischer Hilfe wird heute gelegentlich die Frage nach der Zukunft von Renovabis gestellt. Wird die Hilfe in Mittel- und Osteuropa auch zu-

künftig benötigt? Nur wer seine Herkunft kennt, kann seine Zukunft gestalten. Auf dieser Grundlage rückblickend und damit gleichzeitig vorausblickend einige Anmerkungen:

Der Austausch der Gaben zwischen Ost und West bleibt die zentrale Aufgabe von Renovabis. Solidarität beinhaltet wechselseitiges Geben und Nehmen, Solidarität ist keine Einbahnstraße. Renovabis muss als eine Aktion der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, also der Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laien lebendig bleiben und den integralen Ansatz (pastorale, karitative und gesellschaftliche Aufgaben) beibehalten. Renovabis praktiziert eine lebendige Verbindung mit der Kirche vor Ort und trägt somit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dazu bei, dass die Kirche über die Institution hinaus ihre gesellschaftliche Dimension bewahrt.

Europäische Perspektiven

Renovabis als Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa muss – wie vor der Gründung überlegt – schrittweise zu einer Solidaritätsaktion der Katholiken in Europa weiter entwickelt werden. Austausch der Gaben hat zur Folge, dass unsere kirchlichen Partner mehr und mehr zu Mitträgern der gemeinsamen Solidaritätsaktion werden müssen. In Verbindung mit der neu gegründeten Maximilian-Kolbe-Stiftung und in ihrer europäischen Perspektive kann es gelingen, diesen Weg der "Europäisierung" weiter zu gehen.

Ein neues Pfingsten bleibt der geistliche Kontext, in dem das kirchliche Engagement von Renovabis angesiedelt ist. Zum Dialog, zur Hoffnung und zum Teilen in der Kirche Europas beizutragen, ist die bleibende Verpflichtung der Solidaritätsaktion.

Der Dialog bleibt eine Schwerpunktaufgabe. Orte des Dialogs sind der Aktionsausschuss, die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Tagungen (Partnerschaftstreffen), die jährlichen Kongresse sowie die Zeitschrift "Ost-West. Europäische Perspektiven" (OWEP). In einer europäischen Zukunft wird Renovabis seine eigene Zukunft gestalten.

Aus dem Glauben heraus Orientierung geben

Historische und geografische Impulse für den Katholikentag in Regensburg

Vom 28. Mai bis 1. Juni 2014 wird in Regensburg der 99. Deutsche Katholikentag stattfinden. Er steht unter dem Leitwort "Mit Christus Brücken bauen". In den Beratungen zur Findung des Leitwortes wurde deutlich, wie stark in unserer Zeit die Kräfte sind, die die Menschen voneinander entfernen: zwischen Armen und Reichen, zwischen den Nationen und Kontinenten, zwischen Religionen und Konfessionen und zwischen den Generationen. Überall hier gilt es im Geiste Jesu Christi Brücken zu bauen.

Mit jedem Katholikentag untrennbar verbunden sind sowohl historische Bezüge als auch die spezifische Perspektive, die eine gastgebende Stadt und Diözese in die Gestaltung einbringt. Der Bischof der Diözese Regensburg, Rudolf Voderholzer, entfaltet im Folgenden einige solche Perspektiven für den Katholikentag im kommenden Jahr.

Ein Katholikentag will – von seiner Geschichte her – Selbstvergewisserung der Kirche auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz sein. Er soll aus dem Glauben heraus Orientierung geben vor allem in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialemischen und kulturellen Fragestellungen.

Insofern unterscheidet sich der Katholikentag von einem Eucharistischen Kongress, aber auch von einer Synode oder einem Konzil. In letzteren Veranstaltungen dominiert die Innenperspektive (Kirche "ad intra"); dort ist auch der Ort, gegebenenfalls strittige Glaubensfragen oder Fragen der Kirchendisziplin zu verhandeln; diese Versammlungen hätten auch – in gestufter Form – die Vollmacht, in solchen Fragen Entscheidungen herbeizuführen.

Ein Katholikentag hat von seiner Geschichte her demgegenüber eine andere Ausrichtung. Hier dominiert die Perspektive nach außen, also "ad extra", Antworten auf die Frage: Was haben wir positiv zur Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Zukunft einzubringen?

Eine kurze Rückschau in die Geschichte mag als Folie dienen, vor deren Hintergrund Wesen und Auftrag eines Katholikentags heute Profil gewinnen können.

1914 – 2014

In diesem Jahr jährt sich zum 100. Mal der deutsche Katholikentag in Metz. Die 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands fand vom 17. bis 21. August 1913 im damals deutschen Lothringen statt. Man beging u. a. das Jubiläum 1600 Jahre Mailänder Edikt 313, mit dem seinerzeit im römischen Reich durch die Gunst Kaiser Konstantins das Ende der Christenverfolgung besiegelt und der Kirche die freie Entfaltungsmöglichkeit eröffnet wurde. Michael Faulhaber (1869 – 1952), damals noch Bischof von Speyer (der spätere Münchener Erzbischof und Kardinal), hielt eine vielbeachtete Ansprache zum Thema "Freiheit der Kirche", in der er die Gegenwart, die noch von den Nachwirkungen und Ausläufern des Kulturkampfes geprägt war (man denke etwa an das Jesuitengesetz oder den so genannten "Kanzelparagraphen"), im Licht des historischen Ereignisses beleuchtete und die Freiheit der Kirche einforderte. Das war 1913.

Wenn wir zurückschauen, müssen wir erschüttert feststellen: Nicht einmal ein ganzes Jahr später brach der Erste Weltkrieg aus. Nicht einmal 100 km von Metz entfernt tat sich das größte und blutigste Schlachtfeld der Weltgeschichte auf. Es ist den Christen, gerade auch den Katholiken, nicht gelungen, einen vom Nationalismus auf den verschiedenen Seiten geschürten Krieg zu verhindern, sondern man hat sich sogar oft genug auch noch vom Nationalismus anstecken lassen.

Dies stellt ein Paradebeispiel für "Verweltlichung" der Kirche und eine nicht geglückte "Entweltlichung" dar. Man kann dies mit der Notwendigkeit erklären, dass die Katholiken sich im Zuge der Reichsgründung oft genug dem Vorwurf ausgesetzt gesehen hatten, "vaterlandslose Gesellen" zu sein und manche ihre Treue zur Nation besonders glaubten betonen zu müssen. Diese Erklärung aber ist keine Entschuldigung. Papst Benedikt XV. (1914 – 1922) hat in dieser Situation verzweifelt versucht, dem schrecklichen Treiben, dass hier christliche Völker, oft genug sogar Katholiken gegen Katholiken, jedenfalls Christen gegen Christen Krieg führten – von der grundsätzlichen humanitären Katastrophe ganz zu schweigen –,

Katholikentag Regensburg

durch die Bemühung um Waffenstillstandsverhandlungen ein Ende zu bereiten. Die preußische Regierung hat die Friedensbemühungen Benedikts seinerzeit hintertrieben, so dass dem "Friedenspapst" kein Erfolg beschieden war. 1913 und 1914: Schicksalsjahre für Deutschland und Europa. Der Katholikentag nächstes Jahr fällt in das 100. Jahr nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Nicht nur die Historiker werden dieses verhängnisvollen geschichtlichen Geschehens gedenken und auch die Rolle der Kirche neu unter die Lupe nehmen.

Krise in Europa

Hier drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Stehen wir möglicherweise am Vorabend einer ähnlichen Katastrophe wie das Europa von 1913? Ist die begonnene (und von katholischen Politikern wie Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide De Gasperi maßgeblich initiierte!) europäische Einigung nicht ernsthaft gefährdet? Welches Ausmaß hat die Eurokrise wirklich? Welche Folgen könnte ein negativer Ausgang der gegenwärtigen Finanzkrise für die Völker Europas haben? Welche Bedeutung haben der demographische Wandel und die damit verbundenen komplexen Problemstellungen? Fragen wir uns auch: Wie können diese Krisen gemeistert werden? Was kann die Kirche positiv dazu beitragen? Das sind Themen ersten Ranges für einen Katholikentag im Jahre 2014!

25 Jahre friedliche Revolution

Doch vor aller Notwendigkeit, warnend die Stimme zu erheben, dürfen die positiven Aspekte erinnert werden, die sich ebenfalls mit dem Jahr 2014 verbinden werden. Wir werden nämlich auch dankbar und stolz auf 25 Jahre unblutige Grenzöffnung und Überwindung des Eisernen Vorhangs zurückschauen und sie feiern dürfen. Die Christen und besonders auch die Katholiken haben dazu einen erheblichen Beitrag geleistet. Dieser Brückenschlag darf in diesem Zusammenhang dankbar ins Licht gerückt werden.

Das Leid, das die Nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Zuge des Zweiten Weltkrieges über Deutschland und Europa gebracht hatte, hatte zuvor tiefe Wunden geschlagen und Gräben aufgerissen, wie ich vom Schicksal der

aus dem Sudetenland stammenden Familie meiner Mutter aus persönlicher Erzählung und Begegnung weiß. Auch hier hat die Versöhnungsbereitschaft der Christen maßgeblich dazu beigetragen, dass nicht Revanchismus und Nationalismus – wie nach dem Ersten Weltkrieg – die Oberhand gewannen, sondern die Kräfte der Versöhnung und der Verständigung, die Bereitschaft zum Brückenbauen also.

Nachbarschaft zu Mittel- und Osteuropa

Das Bistum Regensburg, das von seiner Geschichte her in besonderer Weise mit Böhmen verbunden ist, pflegt seit etlichen Jahren eine Partnerschaft mit dem Bistum Pilsen, das 1991 vom Erzbistum Prag abgetrennt wurde, welches seinerseits 973 von Bischof Wolfgang vom Bistum Regensburg in die Selbständigkeit entlassen worden war. Der Brückenschlag zwischen Bayern und Böhmen, der stellvertretend für die Verbindungen von Ost und West steht, soll auch gemäß dem Katholikentagsmotto "Mit Christus Brücken bauen" prominent zur Geltung kommen; zunächst in der Erinnerung und Feier der bereits geschehenen positiven Mitgestaltung des Zusammenlebens der Völker durch die Christen, speziell auch der Katholiken. An dieser Brücke soll jedoch weitergebaut, diese Brücke soll intensiv weiter beschritten werden. Ich begrüße daher auch dankbar die Initiative zu einer grenzüberschreitenden Wallfahrt im Rahmen des kommenden Katholikentages. Auf die Einladung und Mitbeteiligung der Mitchristen vor allem aus Pilsen ist daher besonders zu achten.

| Bischof Dr. Rudolf Vorderholzer
Bischof der Diözese Regensburg



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Zwölf Tonnen schwer und 20 Meter lang – der neue missio-Truck "Menschen auf der Flucht"

"Freunde konnten ihn mit zur Kirche zerren, um ihn davor zu bewahren, dass die Soldaten ihn erschießen. Von dort aus hat er den LKW bestiegen und sich auf die Flucht begeben." Banza ist einer von acht Avataren, also eine Person im Computerspiel, durch den die missio-Truck-Besucher miterleben, sehen und hören, was es heißt, fliehen zu müssen.

Im Rahmen der Aktion Schutzengel "Für Familien in Not. Weltweit" greift das Internationale Katholische Missionswerk missio in Aachen mit dem Truck "Menschen auf der Flucht" ein Thema auf, das für rund 43 Millionen Menschen Alltag ist. Auch in Deutschland finden immer mehr Opfer von Flucht und Vertreibung eine neue Heimat. Sie leben unter uns – sind Mitschüler, Nachbarn, Kollegen, Freunde.

In diesem Sinn greift missio ein zentrales Thema der Gesellschaft und Weltkirche auf, an dem deutlich wird, wie sich Kirche an der Seite der Armen und Bedrängten solidarisiert. Das Miterleben und Nachvollziehen von Fluchterfahrungen, die verdeutlichen, warum Menschen fliehen müssen, was es heißt, auf der Flucht zu sein und wie es sich anfühlt, als unerwünschte Flüchtlinge in der Fremde zu sein, stellen den Fokus des Konzepts dar. Eingebaut in den missio-Truck sind Spiel- & Hörstationen, Objekte wie z. B. ein Transporter und Texttafeln, die über das Thema Flucht informieren. So ausgestattet fährt er dorthin, wo

die Jugendlichen sowieso schon sind: an Schulen, auf Gemeindefeste oder Großveranstaltungen. Seine Premiere hatte der LKW auf dem Katholikentag in Mannheim 2012. Seitdem tourt er durch Deutschland.

Die Avatare stehen für acht exemplarische Biographien von Flüchtlingen im Ostkongo, in deren Rollen die Besucher mithilfe eines Serious Games schlüpfen. Das ist ein Computerspiel, dessen Unterhaltungswert genutzt wird, um ernsthafte Inhalte zu vermitteln. Eine realitätsnahe Geräuschkulisse und Spielstationen, bei denen der Besucher aktiv werden muss, geben ihm das Gefühl, mitten im Geschehen zu sein. Durch die Simulation realer Situationen können Lerninhalte in eine Geschichte eingebunden und durch Erleben vermittelt werden. Dies ermöglicht es, ein Gespür dafür zu entwickeln, mit welchen Erfahrungen und Gefühlen Flüchtlinge konfrontiert werden: Unsicherheit, Zeitdruck, Angst, Verlust von Heimat und Familie. Gleichzeitig wird deren Lebensleistung, selbst in widrigsten Umständen die Würde zu bewahren und das eigene Leben in die Hand zu nehmen, betont.

Begleitet wird die Ausstellung von zwei Hauptamtlichen sowie pädagogisch geschulten Multiplikatoren, die die Besucher in die Thematik einführen und Gelegenheit geben, die Erlebnisse aus dem Truck zu vertiefen. Ergänzend bietet missio für Schulen und interessierte Gruppen Materialien zur Vorbereitung und Vertiefung der Thematik an. Gebucht werden kann der Truck über die Diözesanreferenten. Weitere Informationen finden Sie unter www.missio-truck.de

| Judith Grave |
Campaignerin missio Aachen

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner